

Pressemitteilung

Zu unserer gemeinsamen Veranstaltung „TTiP, CETA, Verbraucherschutz – wohin führt der Weg?“ mit MdL Florian von Brunn:

Zu einer hochaktuellen Fachdiskussion über das laufende CETA-Abkommen (sog. „Freihandelsabkommen“ mit Kanada) hatten die **SPD Ortsvereine Dachau und Fürstenfeldbruck sowie die Kreis- und Ortsgruppen Dachau des BUND Naturschutz** eingeladen.

„Wir schließen seit Jahrzehnten Handelsabkommen und zerstören damit teilweise Märkte u.a. in Afrika, weshalb wir uns nicht über steigende Flüchtlingszahlen wundern dürfen. Andererseits haben wir noch nie einen so großen gesellschaftlichen Einfluss gesehen, der es jetzt geschafft hat das Freihandelsabkommen CETA vor seinem Abschluss maßgeblich zu verändern“, hob Gastredner **Florian von Brunn, Verbraucherschutzpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion** hervor.

„Ziel der SPD-Ortsvereine Dachau und FFB ist es, die Ergebnisse der heutigen Diskussion mitzunehmen und daraus einen Antrag an den Bundesparteitag zu schreiben“, so **Sören Schneider, SPD-Ortsvereinsvorsitzender** und Stadtrat in Dachau. Er will nun unter dem Eindruck des Abends die weltweite langjährige Praxis von Schiedsgerichtsverfahren für Investoren insgesamt in Frage stellen.

In der Diskussion äußerte das zahlreiche Publikum vor allem Kritik an der ursprünglichen Intransparenz des CETA-Verfahrens ebenso wie beim amerikanischen Pendant TTiP. Negativ bewertet wurde auch, dass eine Verbesserung von Umwelt-, Verbraucher- und Arbeitnehmerschutzstandards daran scheitern kann, dass das letztlich zum Schutz von Investoren eingesetzte Gericht „legitime“ Interessen des jeweiligen Staates am Erlass derartiger Vorschriften verneint.

Jedoch wurde auch anerkannt, dass durch die zivilgesellschaftliche Debatte substantielle Verbesserungen erreicht wurden. Es wurde gleichwohl in Frage gestellt, ob die CETA-Verhandlungen mittlerweile weit genug sind, dass man von einer Verbesserung für den Welthandel sprechen kann.

Peter Heller, Vorsitzender der BUND Naturschutz Ortsgruppe Dachau, ergänzte als konkretes Szenario für die Bevölkerung: „Die Situation für die heimische bäuerliche Landwirtschaft und damit für regionale Produkte wird sich weiter verschlechtern. In Kanada (wie in den USA) stellen Riesenfarmen ihre Produkte in teils fragwürdigen Verfahren zu extrem niedrigen Kosten her. Dieser Preisdruck würde dazu führen, dass viele insb. Kleinbauern zum Aufgeben ihrer Höfe gezwungen werden. Und die größeren Betriebe werden danach verlangen, in ebendiese fragwürdigen Herstellungsmethoden einsteigen zu dürfen, um genauso kostengünstig produzieren zu können.“

Und so fragten sich zum Schluss viele, wozu der ohnehin schon heftigst betriebene weltweite Handel überhaupt noch weiter liberalisiert werden sollte. Ein Handelsabkommen, so Florian von Brunn, könne ja auch einmal als Instrument der Begrenzung dienen.